Inserate übernehmen außerhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: R. Sakmann. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jaeger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Halle a. S.: J. Barth & Co. — München: C. Mayrwald. —

Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2, M. Dukes, L. Schular-Strasse No. 2. — Amsterdam: A. de la Mar Axn., N. K. Voorburgwal 256. — Frankfurt: John F. Jones Nachf. in Paris: 31 bis Faubourg-Montmartre. — Englisch: John F. Jones Nachf. in London, 146 Fleet Street, Aug. Siegle in London, 30 Lime Street, E. C.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Nr. 130. [29. Jahrgang.] Berlin, Dienstag den 18. März 1890, Abends. [29. Jahrgang.] Nr. 130.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. sowie die Post-Expeditionen 8 Mark inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SS. SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements, zur Verhütung sonst eintretender Unregelmäßigkeiten im Eintreffen unserer Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint

12 Mal wöchentlich,

und beträgt das Abonnement für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die allwöchentlich der Ausgabe am Sonnabend angeschlossene „Sonntags-Beilage" vierteljährlich für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie Mk. 7,50.

Abonnements werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, in Berlin von den Stadtpostämtern und Zeitungsspediteuren zum Preise von Mk. 7,50 und von der Expedition der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", SW. Wilhelmstraße 32, entgegengenommen.

Ferner nehmen im Auslande Abonnements auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" entgegen: die Postämter in Italien, Schweiz, Rußland und Polen, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Der Abonnementspreis erhöht sich in diesen Staaten um den entsprechenden Postaufschlag.

Unter Kreuzband bei täglich zweimaliger Versendung beträgt der Abonnementspreis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" für das Vierteljahr:

In Deutschland u. Oesterreich-Ungarn Mk. 13.

Für Staaten, nach welchen eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 5 Pf. beträgt, Mk. 16,50.

Für Staaten, nach welchen eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 10 Pf. beträgt, Mk. 25.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 18. März.

Zur Schulreform.

Man muß dem Professor Schmeding in Duisburg aufrichtig dankbar dafür sein, daß durch seine Vermittelung ausführlichere Kunde von den Verhandlungen des Norweger Storthings erlangt wurde, welche am 6. Dezember v. J. stattfanden. Bis zu welchem Grade sich der Modernisirungseifer auf dem Gebiete des höheren Schulwesens verstiegen kann, darüber dürfte man kaum durch etwas Anderes so eindringlich belehrt werden, als durch die Reden der dortigen Reformfreunde. Mit ihrer Hülfe sehen wir jetzt ein, welche abschreckenden Wirkungen die Kenntnißnahme lateinischer Sprache und römischer Schriftsteller hat. Wir Alle, die wir ein deutsches Gymnasium oder Realgymnasium durchgemacht, sind offenbar intellektuell und moralisch schwer geschädigt; nur Diejenigen haben sich einen ganz gesunden Sinn bewahrt, welche kein Latein gelernt haben.

Diese Sprache ist ein Unkraut. Sie muß aus dem Boden unserer Kultur ausgejätet werden, „damit auf demselben die modernen Ideen (lauter Nutz- oder Zierpflanzen) leben, blühen und wachsen können." Wir müssen uns bestreben — so wird ausgerufen —, nach und nach das Latein, das bei uns eingewurzelt ist, wegzuschaffen, damit unser geistiges Leben Freiheit bekomme, dahin zu arbeiten, wohin wir mit dem Lateinischen, wie mit einem Holzklotz an den Füßen, doch gestrebt haben, nämlich „uns die Ideen unseres Jahrhunderts, unserer Zeit anzueignen."

Für Dasjenige, was man historische Bildung nennt, ist die Kenntniß des Lateinischen, wie des Griechischen, entschieden unnöthig; oder vielmehr: diese Bildung selbst ist überflüssig: man begreift die Gegenwart nicht aus der Vergangenheit, sondern nur aus der Gegenwart. Nachdem wir die klassischen Sprachen aus dem Schulunterricht hinausgeworfen, errichten wir eine Mauer gegenüber den überwundenen Thorheiten älterer Zeiten, über welche Mauer nur Einzelne hinübersehen dürfen. Diese hätten dann mit Ausnahme herzuhalten, wenn etwa im zwanzigsten Jahrhundert fataler Weise noch hier und da altrömische oder gar griechische Reste in unseren staatlichen und kirchlichen Einrichtungen, in unserer Literatur und Kunst, unserer Sprache vorhanden sein sollten.

„Doch" wird man einwerfen — „so weit wollen unsere deutschen Schulreformer nicht gehen." In der That? Allerdings manche derselben erklären noch, daß der Kulturzusammenhang des Occidents auf dem Latein beruhe, und verlangen deshalb, wenn nicht mehr, so doch eine homöopathische Dosis von Kenntniß des Lateinischen für Jeden, der gelehrte Studien machen will. Indeß Andere ist auch dieses Verfahren noch zu konservativ, sie sind Nihilisten in der Frage vom altklassischen Unterricht und erklären es auch; oder sie erklären es nur deswegen nicht, weil es in Anbetracht einer Berechtigungsfrage noch nicht opportun ist.

Jedenfalls aber würde, mit oder ohne Absicht, der Endpunkt aller dieser Bestrebungen die Vernichtung des spezifischen Charakters des deutschen Gymnasialunterrichts sein.

Auch das vom Berliner Reformverein vorgeschlagene Verfahren, den Beginn des lateinischen und griechischen Unterrichts hinauszuschieben, würde, wenn in ganzem Umfange verwirklicht, zu diesem Ziele führen. Im Anfang würde man etwa, um nachzuholen, was bisher in unteren Klassen gelernt worden, in den oberen eine beträchtlichere Stundenmenge für Latein und Griechisch ansetzen. Dies aber würde nur geschehen, wenn man anders Unterrichtsgegenstände, die gerade in den obersten Kursen erst zu voller Wirkung kommen können, z. B. Mathematik, Physik, deutsche Literatur, Französisch, auf ein unzulässiges Stundenmaß beschränkte. Die Anschauung, daß die letzteren Fächer zu wenig zu ihrem Recht kämen, würde sich in Kurzem geltend machen, und die Folge würde sein, daß man nun an ein weiteres Beschneiden des klassischen Unterrichts ginge, bis er so werthlos geworden wäre, daß er zum Streichen reif.

Die Zeit, welche das erlebte, würde aber nicht eine Reform, sondern eine Revolution auch auf dem Gebiete des Universitätsunterrichts und der wissenschaftlichen Studien in Deutschland erleben. Daß die dann folgende Periode des geistigen Lebens in unserem Vaterland ungleich vorzüglicher sein würde, als die des letzten Jahrhunderts: es würde Leute geben, die das behaupten; der Beweis würde aber erst zu erbringen sein. Uns scheint hier: principia obsta. Man bessere, wo irgend zu bessern ist, so in der Lehrerbildung, dem Verständniß für die eigene nationale Geschichte, der körperlichen Ausbildung der Jugend u. a.; aber man breche nicht mit einem geistigen Entwickelungsgange, welcher Deutschland mit an die Spitze der geistigen Kultur der Gegenwart geführt hat.

In der heutigen (31.) Plenarsitzung trat das **Abgeordnetenhaus** in die Berathung des Kultusetats ein. Nachdem die Einnahmen bewilligt, erhielt bei den Ausgaben (Gehalt des Ministers) zuerst das Wort Abg. Rickert, welcher darzulegen suchte, daß in unserer Schulverwaltung ein zweckmäßiger Stillstand, wenn nicht geradezu Rückschritt eingetreten sei. Es herrsche bureaukratische Willkür vor. Wenn auch nicht das ganze Unterrichtsgesetz auf einmal herzustellen sei, so sollten doch wenigstens einzelne Materien herausgegriffen und gesetzlich geregelt werden. Zum Beweise seiner weiteren Ausführungen führt er zwei Spezialfälle an. — Kultusminister Dr. v. Goßler erwidert, daß er bereits an die betreffende Regierungsregierung die Anweisung gegeben habe, in dem einen Falle die zu Verfügung zurückzunehmen, daß aber in dem anderen Falle völlig korrekt verfahren worden sei. — Abg. Graf v. Kanitz kommt auf seine fürzlichen, beim Eisenbahnetat gemachten Ausführungen zurück und erklärt, daß er der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter ebenso wohlwollend gegenüberstehe, wie der Abg. Broemel, — von welcher Erklärung er allgemeine Notiz zu nehmen bitte. — Abg. Dr. Windthorst erklärt, er habe ursprünglich beabsichtigt, sich über die gegenwärtige kirchenpolitische Lage in eingehender Weise auszusprechen. Da aber seine bezüglichen Aeußerungen eine ausgiebige Diskussion über die hier in Betracht kommenden Gegenstände hervorrufen würden, so verzichte er angesichts der Ungeeignetheit der Lage, in der wir uns befinden, heute darauf, eine derartige Erörterung herbeizuführen, behalte sich indessen ein Zurückkommen auf diese Angelegenheit für einen anderen Titel oder für die dritte Lesung vor. — Abg. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch hält es seinerseits doch für angezeigt, heute eine Revue über das gesammte Kirchen- und Schulwesen zu halten. Die großen Aufgaben beider Kirchen lägen in der vereinsamen Abwehr der Umsturzbestrebungen. Die alten Streitfragen zwischen Kirche und Staat müßten ruhen bleiben. Andererseits sei vom Staate zu erwarten, daß für die katholische Kirche das Sperrgesetz beseitigt werde, und in der evangelischen die Frage der Ablösung der Staatsgehältern durch staatliche Unterstützung ihre Erledigung finde. Auch dem materiellen Nothstande in den beiderseitigen Kirchen müsse der Staat zu Hülfe kommen. Was die Schule betreffe, so könne er sich mit dem Zustande, in welchem sich die Universitäten befänden, durchaus erklären. Im höheren Schulwesen seien indessen Reformen erforderlich, die sich im Großen und Ganzen in der Richtung der kürzlich ergangenen, den Unterricht in den Kadettenanstalten betreffenden kaiserlichen Ordre bewegen müßten. Nachdem er sodann betont, daß auf dem Gebiet des Schulwesens in letzter Zeit Wesentliches geschehen sei, namentlich in Bezug auf die Stellung der Lehrer, erklärt er, daß Dieses alles doch noch nicht genüge, sondern daß die baldige Einbringung eines die Schulunterhaltungspflicht regelnden, eines Dotationsgesetzes erforderlich sei. Die Schwierigkeiten der Vereinbarung eines solchen würden wesentlich durch das Gesetz über die Erleichterung der Volksschullasten vermindert, andererseits aber erwüchse durch den Windthorst'schen Schulantrag ein neues Hinderniß, dessen Wiederaufnahme der Antragsteller kürzlich angekündigt habe. Unter diesen Umständen habe sich die konservative Partei, in deren Namen der Abg. Graf zu Limburg-Stirum dem Abg. Windthorst eine klare Absage erheilt habe, ein großes Verdienst um das Land erworben. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Gerade in Bezug auf den Schulantrag des Abg. Windthorst halte er also die Vorlage eines Schuldotationsgesetzes seitens der Regierung und ein energisches Vorwärtsgehen auf dem genannten Gebiet für dringend geboten. — Abg. Dr. Reichensperger erklärt unter Betonung der Friedensliebe der Katholiken, daß, während sich die Letzteren in ihren Versammlungen lediglich mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigten, in den protestantischen Versammlungen fort und fort der Ruf erdröne: „Kampf gegen Rom!" Diesen Beobachtungen gegenüber sei es zu wünschen, daß der Kultusminister Oel in die aufgeregten Fluthen gieße, denn derartige Anfeindungen kämen allein dem Unglauben zu Gute. Er bespreche sodann namentlich eine Revision des katholischen Kirchenvermögensgesetzes als unzweckmäßig. Kultusminister Dr. v. Goßler bemerkte, daß er von Sr. Majestät die Ermächtigung erteilen habe, die ihm rechtsverbrieten Organe anzuweisen, wie den loyalsten Elementen zu begegnen sei. In einem ihm heute zugegangen Allerhöchsten Erlasse habe er zu seiner Freude die Allerhöchste Zustimmung erhalten. Verantwortlicher noch als auf kirchlichem Gebiete halte er sich auf dem des Unterrichts. Hier seien eine greifende Aenderungen ins Auge gefaßt. Auf kaiserliche Anordnung solle die Befähigung zum einjährigen Militärdienst von der Schulorganisation vollständig getrennt werden. Seitens des Staatsministeriums sei die Ausführung dieses Planes in Angriff genommen. Ebenso habe der Kaiser genehmigt, daß eine Enquete über die auf dem Gebiete des höheren Schulwesens vorhandenen Gegenstände angestellt werde. Solche Elemente, die auf den Gymnasien eine abgeschlossene Bildung weder erlangen könnten, noch wollten, müßten in anderen Formen unterrichtet werden. Grundsätzlich sollten nur solche Schüler in den Gymnasien aufgenommen werden, welche den Kursus ganz durchzumachen bereit seien; wenn auch dabei eine Zwischenstufe gesucht werden müsse, wo ein gewisser Abschluß der erlangten Bildung möglich sei. In der Hauptsache werde sich die Organisation in der Richtung zu bewegen haben, welche der kaiserliche Erlaß betreffs des Unterrichts an den Kadettenanstalten innehalte. Daß der Religionsunterricht den Mittelpunkt des Unterrichts bilden müsse, sei selbstverständlich, und der Religionsunterricht werde seine richtige Aufgabe nur dann erfüllen, wenn er von den lebendigen Christenthum erfüllt sei. Kirche und Schule hätten eine gemeinsame Aufgabe zu lösen, und er hoffe, daß es demnächst an der Anerkennung nicht fehlen werde, daß die Verwaltung auch auf diesem großen wichtigen Gebiete ihre Schuldigkeit getan habe. Abg. Stoecker betont, an die Ausführungen des Abg. v. Zedlitz anknüpfend, daß die intensive Ausbreitung der umstürzlerischen Bewegung auf die Verbreitung des Unglaubens zurückzuführen sei. Die Kirche müsse aber bei ihren Bestrebungen zur Bekämpfung des Unglaubens die energische Unterstützung seitens des Staates finden. Er beklagt, daß die liberale Gesetzgebung für die evangelische Kirche noch nicht in erforderlicher Weise erschöpft worden sei. Nachdem er sodann bei einer Besprechung der Verhältnisse der Schule die Beseitigung der halben Bildung und die Durchdringung des gesammten Unterrichts mit christlichem Geiste und christlicher Weltanschauung gefordert, weist er die Behauptung des Abg. Reichensperger als unrichtig zurück, daß die Protestanten den konfessionellen Hader provozirten, und kommt nach einer längeren Erörterung über die Spezialfälle zum Schluß, daß der katholischen Presse zu dem Resultate, daß die Protestanten den Katholiken an Toleranz bedeutend überlegen seien, um mit der Aufforderung zu schließen, daß, wenn man, wie der Abg. v. Zedlitz wolle, auch einmal auf dem Gebiete der Schule und Kirche vorwärts schreiten wolle, man doch die richtigen christlichen Grundlagen im Auge behalten müsse. — Abg. Bachem meint, daß die Rede des Abg. Stöcker, bezüglich deren es sich doch frage, ob dieselbe nicht geeignet erscheine, eine Erregung der katholischen Gemüther hervorzurufen, durch die maßvolle Form der Rede des Abg. Reichensperger keineswegs provozirt worden sei. Er tritt denn auch für eine Revision des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens ein und macht nach dieser Richtung hin neben den von dem Abg. Reichensperger hervorgehobenen prinzipiellen Punkten auch solche technischer Natur geltend. — Abg von Eynern hält den Mitgliedern des Zentrums vor, daß es gerade Mitglieder der katholischen Kirche seien, welche die Protestanten und deren Glauben in rücksichtsloseste Weise fort und fort angriffen und den konfessionellen Hader schürten, und erklärt sodann, daß seine Partei bereit sei, den Friedenskonservativen auf dem von dem Abg. v. Zedlitz eröffneten Wege zur Förderung des Unterrichtswesens zu folgen. — Abg. Dr. v. Stablewski giebt von Neuem seinen Beschwerden über Unterdrückung der Muttersprache in den Landesteilen mit polnisch redender Bevölkerung Ausdruck und führt sodann Klage darüber, daß die Handhabung des Einspruchsrechtes bei der Anstellung katholischer Geistlicher in der willkürlichsten Weise erfolge, welche Behauptung er durch eine Reihe von Beispielen zu belegen sucht. — Bei Schluß des Berichts nimmt der Kultusminister Dr. v. Goßler das Wort.

Die Vertreter Spaniens und Portugals zur **Arbeiterschutz-Konferenz** sind gestern Abend hier eingetroffen; es sind dies die Spanier Senator D. Manuel Fernandez Castro und Ministerialdirektor Dr. Vincente Santamaria de Paredes und der portugiesische Minister der öffentlichen Arbeiten und Generaldirektor des Handels und der Industrie Ernesto Pinto. — Für das Großherzogthum Luxemburg nimmt der Eisenbahngrubenbesitzer Dr. Brasseur an den Berathungen Theil. Sowohl aus Paris, wie aus London sind aus Anlaß der Konferenz Journalisten hier eingetroffen, aus Paris u. A. Mr. Bordeau, aus London Mr. Burnell.

So kurz gefaßt auch die bedeutsame Nachricht in die Welt trat, die wir im Morgenblatte nach der „Köln. Ztg." zu registriren hatten, so ist doch bereits ein großer Theil der Morgenblätter auf Grund dieser lakonischen Meldung in mehr oder weniger weitgreifende Erörterungen des in jeder Meldung angedeuteten Ereignisses eingetreten.

In diesem Zusammenhange sagt die „Vossische Zeitung":

Die Stellung des Fürsten Bismarck ist eine unvergleichliche gewesen. Niemals hat in einem Verfassungsstaate ein einzelner Mann eine ähnliche Machtfülle ausgeübt wie er; niemals ist der Wille eines Ministers in einem modernen Gemeinwesen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens so maßgebend gewesen wie der seine, niemals waren die Rechtsverhältnisse, die Gestaltung der Aemter, die Parteien, die ganze Politik seit den Tagen des Richelieu und Mazarin so sehr auf eine einzelne Person, die nicht der Monarch war, eingestellt, wie in den letzten Jahrzehnten in Deutschland. Daß dieser Zustand nicht andauern könne und werde, wenn Kaiser Wilhelm I., der unter das Gottlassungsgesuch des Kanzlers sein „Niemals!" geschrieben hatte, die Augen schloß, war vorauszusehen . . .

Der „Börsen-Kurier" registrirt zunächst allerlei umlaufende Gerüchte, die ihm zugehen:

„Man hält es für wahrscheinlich, daß ein erneuter Versuch gemacht werden wird, eine Ver-

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

Berlin, den 18. März 1890.

Wiener Bilder.*)

Der Influenzaepidemie ist die Schneeball-Epidemie gefolgt, der auch der beinah schon sommerliche Sonnenschein nichts anzuhaben vermag. Eine raffinirtere Grausamkeit hat die Wohlthätigkeit noch nie ersonnen! Da diese Barmherzigkeitslawine, gleich der Influenza, sich an keine Grenzmarken bindet und als internationales Uebel grassirt, bedarf es keiner Schilderung, giebt es doch Wenige nur, die nicht direkt darunter gelitten haben. Wer würde nicht gern für manches, ja vielleicht für jeden dieser guten Zwecke das Drei- und Vierfache des verlangten Obolus spenden, oder zwei Andere werben, deren jedes wieder die Verpflichtung übernimmt, zwei Andere je zu der gleichen Spende und Verpflichtung zu werben bis ins fünfzehnte Glied, das ist eine Verpflichtungskette, an der mitzuschmieden in vielfacher Zahl, Einem denn doch nachgerade ein diskretes Bedenken erregt. In einem engen Kreise nicht sonderlich stark beschäftigter Menschen — z. B. einer Jungmädchen-Kolerie — macht sich ja die Sache ganz hübsch, aber als im großen Style betriebene Propaganda wird diese sanfte Vergewaltigung herzlich lästig. Wenn Einen Jemand mit den freundlichen Worten begrüßt: „Ich freue mich, Sie zu sehen!" so empfindet man derzeit einen stillen Schreck, denn diese liebenswürdige Phrase bildet zumeist den Anfang des Schneeballes. Verbindlich folgt ihr: „Da ich weiß, daß Sie gleich bereit sind, Gutes zu fördern und es Ihnen überdies bei Ihren zahlreichen Verbindungen gewiß ein Leichtes sein wird," u. s. w. u. s. w. Protestirt man gegen das Ansinnen, seine „Verbindungen" zu ihnen unliebsamem Weiterwerben pressen zu sollen, und will man dafür durch eine größere Spende in die Bresche treten, so wird man mit edlem Stolz zurück- und zurechtgewiesen. Eben in der Theilnahme Vieler an dem Liebswerk, heißt es, liege das ethische und ästhetische Moment des Schneeballes, der sich im Fortrollen aus den Flocken kleiner Gaben zusammenballen muß. In der That, ein wunderhübscher Gedanke, eine sinnreiche Inszenirung, allein wie schätzenswerth auch der einzelne Schneeball vom „ethischen und ästhetischen" Standpunkt aus ist, ein Kreuzfeuer von Schneebällen wird darum nicht minder ungemüthlich und geradezu zur Landplage. Es bleibt nur ein Trost: die Hoffnung, daß eben der Uebereifer, mit dem diese neueste Modeform der Wohlthätigkeit — auch die Caritas wechselt ihre Gewandung nach dem Gebot der Mode — betrieben wird, ihr ein baldiges Ende bereiten oder mindestens sie, wo sie sich an weite Kreise wendet, auf momentane Nothfälle großen Styles beschränken werde. Massenelend, wie es die Mitzernte in Galizien im Gefolge führt, rechtfertigt auch die komplizirteste, unbequemste Inanspruchnahme in weitester Ausdehnung, doch kann eine derartige Hülfsaktion dann in Momenten dringender Noth versagen, wenn sie früher schon ausgenützt, zu Tode gehetzt ist. Schon hat sich eine Anzahl Beherzter das Wort gegeben, jeglicher Schneeball-Aufforderung zu widerstreben, um sich durch die Betonung grundsätzlicher Weigerung gegen jede persönliche Empfindlichkeit zu sichern, denn natürlich betrachtet Jeder seinen guten Zweck als den besten, sein Dafür-Eintreten als mindestens den Freundeskreis und wieder dessen Freundeskreis maßgebend verpflichtend.

Ueberdrauf tritt ein gewisser Terrorismus des Enthusiasmus in neuester Zeit unliebsam hervor. Man hat es kürzlich einem Literarhistoriker, der einige Jahre hindurch eine Professur an unserer Universität bekleidete und jetzt eine solche der Berliner alma mater inne hat, auf das Heftigste und Allgemeinste verübelt, daß er sich einer Aktion für das Hamerling-Denkmal in Graz anzuschließen geweigert hat. Ja, bis Himmel, soll es denn in einer Zeit, in der man für das Ueberzeugungstreueste und die Gewissensfreiheit im weitesten Sinne und auf allen Gebieten eintritt, dem Einzelnen verwehrt sein, seine subjektive Anschauung von der Bedeutung eines Denkmals und dem Werth eines Dichters zu vertreten? Darf man zwar an allen fundamentalen Stützen des Gesellschaftsorganismus ungestraft rütteln, nie und nimmer aber irgend ein verdrießliches Komité, das zum Mittthun an Einen herantritt, abweislich bescheiden, wenn man nun einmal diesen Anschauungen und Empfindungen nicht voll theilt? Wir selbst nehmen den freundlichen und sympathievollsten Antheil an den vier Denkmälern, an deren Errichtung energisch energisch gearbeitet wird, an dem Mozart-, Goethe- und Raimund-Denkmal in Wien und auch dem Hamerling-Denkmal in Graz, allein, es kann doch keinen Maßstab der Allgemeinverpflichtung abgeben! Auch Monumente — und vielleicht diese mehr noch als alles Andere — sollen ein Liebeswerk sein. Nun giebt es aber wie farbenblinde, so auch musikunfähige Menschen, welche die Don Juan-Menuette und „Fischerin, Du Kleine" fürs Leben nicht auseinander zu kennen vermögen, sollen die nun auch verhalten sein, zur Verherrlichung des liebenswürdigen Wolfgang Amadeus beizutragen? Andererseits giebt es auch wieder Muster, deren Bekanntschaft mit Faust einzig auf der Vermittelung Gounod's beruht und die sich, seit sie das Lesebuch in der Schule aus der Hand gelegt, um Literatur und namentlich klassische Literatur nicht mehr gekümmert haben, sollen die nun wieder genöthigt werden, werkthätigen Enthusiasmus für den anderen herrlichen Wolfgang zu heucheln? Die landläufige Zwangsdrohse lautet da: „Der gebildete Mensch muß ꝛc." Ei, der gebildete Mensch muß wissen, daß Lessing sagt: „Kein Mensch muß müssen". Ja, er muß auch gar nicht einmal im üblichen Sinne gebildet sein, um doch ein tüchtiger Mensch zu sein. Für den modernen Menschen aber giebt es nichts Schrecklicheres, mehr zu Scheuendes, wie der Verdacht, ungebildet genannt zu werden, obwohl Jeder weiß, wie sehr der Begriff Bildung degenerirt, wie billig die Bezeichnung des „Gebildetseins" zu erwerben ist. Die Gedächtnißerlangung der oberflächlichsten Kenntnisse genügt dazu, wenn auch nebenher der Intellekt unentwickelt, das Gemüth roh, der Charakter ungeformt verbleiben. Wenn Jemand in vier Sprachen geläufig Unsinn schwatzt, sieht Niemand an, ihn „gebildet" zu nennen. Jede Mutter, bis zur Hausmeisterin herunter, weiß, wenn sie das Kobild ihrer Tochter singt, damit an: „Sie ist ein gebildetes Mädchen", und alle anderen persönlichen Eigenschaften folgen dann nur im Nachtrab, rein als Nebensächliches. Die Werthbemessung des Individuums nach dem Maßstab dieser Talmibildung ist nicht nur eine schreiende Ungerechtigkeit, sie verleitet auch zur Heuchelei nichtvorhandener Interessen und fälscht so das ganze Wesen. So steuert denn der Literaturnerwuchte Muster, wenn ihm Jemand seine Bildungsvorspielung klar macht, sein Schärflein zum Goethe-Denkmal, und der melotiemtaube Literaturfreund das Seine zum Mozart-Denkmal bei, und dem Einen und dem Andern gebricht es dann oft an den Mitteln, an dem Altar zu huldigen, zu dem ihn sein Herz zieht. Das nachdrücklichste: „Sie werden doch auch . . . " aus dem Munde eines Enthusiasten und dem anderen Lager, klingt so sehr, wie die Androhung eines Bildungs-Armuthszeugnisses, daß es zwingende Gewalt übt.

Von der grausenholten Gewalt, die das Börsenspiel auf Jene übt, die bisher Lebenschaft verfallen, hat einer unserer angesehensten Advokaten wieder ein geradezu entsetzliches Beispiel gegeben. Dr. Markbreiter, einer der gesuchtesten Vertreter in Strafsachen, vielleicht der erste unserer forensischen Redner, erklärt sich „europamüde" und dampft nach der bedauernswerthen Neuen Welt, weil er sich an der Kaution einer Klientin vergriffen hat, die ihre Angelegenheit vertrauensvoll in seine Hände gelegt. Und in der That hatte der ausgezeichnete Anwalt ihrem Recht zum Siege verholfen, nur hatte er gleichzeitig das Kapital, das er als Bürgschaft begehrt, verspielt. Das Geschätterude, das in dieser verbrecherischen Handlungsweise eines Rechtsvertreters liegt, wird tief empfunden. Es sind das Fälle von nachhaltiger moralischer oder eigentlich demoralisirender Wirkung, denn wohin soll es kommen mit dem Vertrauen in die Rechtschaffenheit, wenn ein Mann, der sich ehrlich der Vertheidigung des Rechtes und Bekämpfung des Unrechtes geweiht, der reichlich Ansehen und Ehren, nebst sehr glänzenden Einnahmen, genossen, solche Verschuldung begeht? Das sind Betrachtungen, die aus Aller Mund ertönen, ganz besonders bitter aber aus jenem kleiner Leute, die redlich um des Lebens Nothdurft kämpfen. Welche Nahrung wieder für den so wohlgenährten Pessimismus unserer Tage!

Zum Glück lacht die Sonne so hell und warm vom Himmel nieder, daß sich ihr wohlthuender Einfluß auch dem trockensten Gemüthe fühlbar macht. Wieder tauchen nach langer Winterhaft die beiden Altersvole, die Babys und die Greise, im Freien auf. Die Ersteren in den Armen ihrer bankischen Ammen in der kleidsamen Nationaltracht — dem kurzen Faltenrock, den weißen Aermeln, die bauschig aus dem dunkeln Mieder hervorquellen, mit dem bunten Kopftuch, dessen Zipfel im Rücken bis zur kräftigen Taille herabhängt — tragen zur Belebung des Straßenbildes nicht wenig bei. Trippelt ja meist auch eine junge Mama nebenher, die vor einem halben Dutzend Jahren erst noch selber die Puppe im Arme gewiegt. Wie stolz blickt sie auf das kleine Wesen, dessen kostbar gefiktter, mit Schmuckendunen oder Spitzen reich verbrämter weißer Kachelmixmantel sorglich jenseits seiner Wärterin zusammengesteckt, das Pittoreske ihres Kostumes noch erhöhen. Aber auch die Sonne mit ihrem belebenden Strahlen kann es nicht Allen recht machen. Die Konfektionaire schelten es eine Indiskretion, daß sie ihre Kraft schon voll entfaltet, noch ehe die Frühjahrsmoden fertig gestellt worden, und auch das Heer der Geistgrame bedauert mit ihr, und vergällt sich die Freude an ihrem hellen, warmen Schein durch die Prophezeiung, daß wir im Mai ihre Unerträglichkeit büßen werden. Die große Mehrzahl aber thut das Klagste, das sich thun läßt: sie genießt den schönen Augenblick.

Bruno Walden.

*) Nachdruck vorbehalten.